

Kommandantur hat die Wahl dieses Hitlerbankiers als Kämmerer nicht bestätigt. Darauf trat ein Geschrei in der Berliner Stadtverordnetenversammlung ein. Man betrachtete diese Maßnahme, also diese Nichtbestätigung, als einen Eingriff in die Selbstverwaltung. Wir meinen als Berliner Sozialisten, daß die Alliierte Kommandantur vollkommen richtig gehandelt hat, daß es aber ein beschämender Zustand ist, wenn eine Mehrheit einer Stadtverordnetenversammlung, obwohl wir sie darauf hingewiesen haben, dennoch eine derartige falsche politische Entscheidung trifft.

Mit diesem Wahlakt begann der unheilvolle Weg, der die SPD-Führung immer mehr an die Seite der CDU treibt. Am 12. Dezember des vergangenen Jahres hatten wir einen Gesetzentwurf eingebracht über den Erlaß einer Verordnung zur Enteignung von Vermögenswerten der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten. Da hätte man doch annehmen müssen, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten ohne weiteres erklärt hätten, das ist eine vernünftige Maßnahme, wir werden so schnell wie möglich dieses Gesetz im Ausschuß beraten und in der Stadtverordnetenversammlung verabschieden. Was aber haben wir zu hören bekommen? Man hat uns gesagt, wenn man derartige Anträge stellt, dann diskreditiert man die Sozialisierung. Später hat man dennoch unserem Antrag bzw. unserem Gesetzentwurf zugestimmt.

CDU- und SPD-Stadtverordnetenfraktion unterscheiden sich in keiner Weise. Es sind Fraktionen, in denen das kleinstädtische Element dominiert. Der Berliner Magistrat, in dem die SPD die Führung hat, ist keine arbeitsfähige Körperschaft, es fehlt die leitende Hand. Von einer kollektiven Zusammenarbeit ist überhaupt keine Rede. Insbesondere ist dieser beklagenswerte Zustand eingetreten, nachdem die SPD ihren eigenen Oberbürgermeister stürzte, weil er erstens mit der SED ein Arbeitsprogramm zur Behebung der Massennot schaffen wollte, und weil er zweitens mit dem General Kotikow verhandelte und sich in der Stadtverordnetenversammlung an das Rednerpult stellte und dem General Kotikow den Dank in seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister aussprach für die Hilfe, die der General der Berliner Bevölkerung zuteil werden ließ. Das war zuviel, was Ostrowski getan hatte. Zwar redete man in den Kreisen der SPD-Führung fortwährend von der Freiheit der Persönlichkeit. Wenn es aber eine Persönlichkeit gibt, die wirklich Freiheit wünscht und sie anzuwenden wagt, dann wird diese Persönlichkeit gestürzt. Diesen Fall haben wir hier in Berlin zu verzeichnen gehabt.